



EINWOHNERGEMEINDE GAMPELEN

OBERDORFSTRASSE 14

3236 GAMPELEN

17. Februar 2009

## **MEDIENMITTEILUNG SACHABGABEZENTRUM ESCHENHOF**

Nachdem in der zweiten Jahreshälfte 2008 Gespräche zwischen Vertretern des kantonalen Migrationsdienstes, dem Regierungsstatthalter und Gemeindevertretern stattgefunden haben, ist nun ein Baugesuch betreffend Umnutzung des Eschenhofes (Liegenschaft der Anstalten Witzwil) in ein Sachabgabezentrum für abgewiesene Asylbewerber eingegangen.

Der Migrationsdienst als Bauherr und Betreiber des Zentrums hat die Baubewilligungspflicht anerkannt und ein ordnungsgemässes Baugesuch eingereicht. Baubewilligungsbehörde ist die Gemeinde. Das Baugesuch wurde bereits im Anzeiger des Amtes Erlach publiziert, die Einsprachefrist läuft bis zum 16. März 2009. Mit dem Baubewilligungsverfahren wird geprüft, ob das Vorhaben zonenkonform ist und der baurechtlichen Grundordnung der Gemeinde sowie den übergeordneten Bauvorschriften entspricht.

Parallel zum Baubewilligungsverfahren werden die Gespräche mit den zuständigen kantonalen Behörden intensiviert. Der Gemeinderat ist über das zusätzliche Asylzentrum nicht erfreut und ist vom Vorgehen des Kantons enttäuscht. Es ist unverständlich, dass wenige hundert Meter neben dem bestehenden und gut funktionierenden Durchgangszentrum Nushof für betreuungsintensive Asylsuchende ein Sachabgabezentrum für abgewiesene Asylbewerber betrieben werden soll. Damit wird unserer Ansicht nach, die Ruhe des Nushofes, die Zusammenarbeit mit der Gemeinde und vor allem die Akzeptanz der bisherigen Asylsuchenden im Dorf stark gefährdet. Die Gemeinde sucht die Zusammenarbeit mit dem Nushof, pflegt eine angenehme Kommunikation mit der Zentrumsleitung der Heilsarmee und bemüht sich um Beschäftigungsprogramme für die Asylbewerber. Wir haben uns für den Erhalt des Nushofes ausgesprochen und vertreten diese Meinung noch heute. Wir sind deshalb sehr enttäuscht, dass dieses gute Einvernehmen genutzt wird, um ein weiteres Zentrum anzusiedeln. Wir sind bereit unseren Beitrag zum Wohle der Allgemeinheit zu leisten, finden jedoch die neue Verteilung der Lasten einseitig und falsch. Mit 100 Asylbewerbern gegenüber 770 Einwohnern wird unserer Meinung nach die Grenze zwischen einem natürlichen Gleichgewicht und einem ungesunden Ungleichgewicht überschritten. Darunter werden alle Beteiligten leiden, insbesondere und vor allem die Asylsuchenden.

Die Bedenken und Ängste der Dorfbevölkerung nimmt der Gemeinderat ernst. Ende März wird deshalb eine Informationsveranstaltung für die Dorfbevölkerung organisiert, an welcher die zuständigen Vertreter des Migrationsdienstes für Auskünfte zur Verfügung stehen werden. Der Gemeinderat wird alles daran setzen, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die befürchteten Nebenwirkungen des Sachabgabezentrums so gut wie möglich aufzufangen. Wir erwarten vom Kanton klare Regelungen und Zusicherungen. So, dass für die Gemeinde durch das Zentrum Eschenhof weder administrativer noch finanzieller Mehraufwand entsteht und die öffentliche Sicherheit gewährleistet wird.

Es ist müssig über Vor- und Nachteile des verschärften Asylgesetzes zu diskutieren, gefällte und definitive Entscheide übergeordneter Instanzen ohne Aussicht auf Erfolg anzufechten und Tatsachen und Realitäten zu verdrängen. Gampelen ist eine offene und fortschrittliche Gemeinde. Wir sehen unseren Auftrag deshalb nicht darin, das Zentrum zu bekämpfen, sondern sind bestrebt alles Notwendige zu unternehmen, damit möglichst viele negative Effekte verhindert werden können und ein Nebeneinander der Dorfbevölkerung, der Behörden sowie der Bewohner und der Trägerschaft des Sachabgabezentrums ermöglicht wird.

Gemeinderat Gampelen